

Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut und Geschäftsführer Thomas Lorenz von der Stiftung Zukunft.li erklären, wo Liechtenstein die Weichen setzen muss, um auch in Zukunft vorn mitspielen zu können – und warum sich Coiffeure und Pfleger trotz technischem Wandel wenig Sorgen um ihre Jobs machen müssen.

**Wir stecken in einem Dilemma: Einerseits muss unsere Wirtschaft wachsen, damit wir unseren Wohlstand halten können. Andererseits haben wir mittlerweile fast mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Wie lange kann das noch gut gehen?**

*Peter Eisenhut:* Gut gehen wird es dann, wenn sich Liechtenstein vom Wachstum des «immer mehr» verabschiedet und sich auf den Weg zum «immer besser» macht. Wir dürfen wirtschaftliches Wachstum also nicht mit mengenmässigem Wachstum gleichsetzen. Was wir brauchen, ist ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum, welches neben einer sauberen Umwelt auch eine intakte Sozialstruktur und kulturelle Werte umfasst. Ein Wachstum also, welches nicht nur den materiellen Wohlstand meint, sondern auch die Lebensqualität miteinschliesst. «Immer besser» muss Liechtenstein aber auch bezüglich der Produktivität werden, d. h., dass die Wertschöpfung pro eingesetzte Arbeitsstunde steigt, was auch zur Folge haben wird, dass immer bessere Waren und Dienstleistungen mit weniger Aufwand hergestellt werden können und demzufolge die Nachfrage nach Grenzgängern eher eingeschränkt wird. Wenn es Liechtenstein zusätzlich gelingt, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, dann sind wir auf dem Weg, welchen wir für die Zukunft von Liechtenstein als erfolgreich erachten und uns deshalb dafür stark machen.

**Mehr Produktivität bedeutet jedoch auch, dass pro Arbeitsplatz mehr geleistet werden muss. Steigt da nicht der Druck auf die Arbeitnehmer? Die neue Burn-out-Klinik in Gaflei lässt grüssen.**

*Peter Eisenhut:* Ich glaube nicht, dass man höhere Produktivität einfach mit höherem negativem Stress gleichsetzen kann. Schauen Sie, welche Arbeitsplätze sehr produktiv sind – das sind Arbeitsplätze für Spezialisten, also meistens für hochqualifiziertes Personal. Hohe Produktivität erreichen zudem nur jene Branchen und Unternehmen, die den Weg der permanenten Innovation gehen und entsprechend viel in die Forschung und Entwicklung investieren. Die damit verbundenen Jobs sind oft spannend und motivierend. Wenn einfache, monotone Arbeiten der Automatisierung oder Robotik zum Opfer fallen und durch kreativere Arbeiten ersetzt werden, ist das meines Erachtens grundsätzlich förderlich für die Lebensqualität. Aber es ist schon so, dass wir im modernen Arbeitsleben einer zunehmenden Belastung ausgesetzt sind, die immer öfter zu Überbelastung und Überforderungen führt. Ein Grund dafür ist der rasante Strukturwandel in der Wirtschaft und damit auch die sich permanent wandelnden und steigenden Anforderungen an die Angestellten.

**Das bedingt jedoch, dass wir sehr gut ausgebildete Leute haben. Aber es gibt in jeder Bevölkerung auch immer Personen, die den geforderten Level nicht erreichen werden.**

*Thomas Lorenz:* Ja, der technologische Wandel wird sicher dazu führen, dass insbesondere jene Jobs wegfallen, für die keine Fachausbildung nötig ist. Ich habe kürzlich gelesen, dass in Liechtenstein 12 Prozent der 20- bis 64-Jährigen über keine formell anerkannte berufliche Qualifikation verfügen – meiner Meinung nach ist das eine erschreckend hohe Zahl. Hier ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung

zu stellen, ist sicher eine Herausforderung. Auf der anderen Seite zeichnet sich ab, dass sich viele Jobs inhaltlich verändern werden.

*Peter Eisenhut:* Ja, Fließbandjobs wird es immer weniger geben. Aber es gibt Tätigkeiten, die in absehbarer Zeit nicht von Robotern übernommen werden können. Der Beruf des Coiffeurs wird noch eine lange Zukunft vor sich haben. Nicht nur, weil sie gut Haare schneiden, sondern weil es beim Coiffeur auch um das Zwischenmenschliche geht, um Gespräche über Bekannte, um Fussball, Autos oder Mode. Die Kommunikation und die Empathie spielen dabei eine grosse Rolle. Ähnlich ist es im Bereich Pflege, dort können zwar Roboter zur Unterstützung eingesetzt werden, aber das mitfühlende Gespräch mit Menschen wird wohl noch lange nicht ersetzt werden können. Und gerade in dem Bereich wird es künftig auf



Liechtenstein brauche nicht nur quantitatives, sondern vor allem qualitatives Wachstum.

allen Ebenen mehr Personal brauchen. Zwischenmenschliche, soziale und Kommunikationskompetenzen werden künftig sehr gefragte Qualifikationen sein. Denn bei allen Arbeiten, bei denen es um den persönlichen Kontakt geht, sind Maschinen nicht gut. Wo es darum geht, zu überzeugen, zu führen, im Team zu arbeiten, kreativ zu sein, dort werden in Zukunft mehr Menschen als heute beschäftigt sein.

**Also, dann teilen Sie die Befürchtung nicht, dass die Digitalisierung viele Jobs «auffrisst» und die Arbeitslosigkeit steigen wird.**

*Peter Eisenhut:* Nun, ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass rasante technologische Entwicklungen und die damit verbundene Angst vor Arbeitslosigkeit kein neues Phänomen sind. Wir haben jahrelang miterlebt, wie Menschen durch Maschinen und Computer ersetzt wurden. Aber bisher ist der Verlust von Arbeitsplätzen mit dem Gewinn von neuen Arbeitsplätzen mehr als kompensiert worden. Das ist ein historisches Muster, das sich auch in Zukunft wiederholen könnte. Aber darauf verlassen können wir uns nicht, alles geschieht einmal zum ersten Mal. Das heisst, man kann ein Szenario nicht ausschliessen, welches zu Massenarbeitslosigkeit führt, weil die neuen Technologien weniger unsere Muskeln als vielmehr unser Denken ergänzen oder gar ersetzen. Dann müssten wir uns fragen, wie wir das Einkommen in der Gesellschaft verteilen und neue Modelle wie ein Grundeinkommen prüfen. Entscheidend aber ist, dass wir als Politiker, Unternehmer und Bürger die Wahl haben, wie wir die neuen Technologien einsetzen, wie stark wir in die Bildung investieren oder welche Sozial- und Steuerpolitik wir wählen.

**Sie haben gesagt, es braucht eine höhere Produktivität, um den Wohlstand längerfristig zu halten. In Ihrer Studie zeigen Sie jedoch auf, dass die Produktivität in Liechtenstein seit der Jahrtausendwende zurückgeht.**

**Welche Weichen muss die Politik stellen, um diesen Trend umzukehren?**

*Thomas Lorenz:* Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre anschauen, dann müssen wir feststellen, dass die Produktivität auch durch die Rahmenbedingungen stark gelitten hat. Regulierung und ein starker Schweizer Franken drücken auf die volkswirtschaftliche Produktivität. Ein weiterer Grund liegt aber auch darin, dass sowohl die öffentliche Hand als auch die Unternehmen deutlich weniger investiert haben. Investitionen sind ein Treiber von Produktivität. Wenn also der Staat in die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Energie, Bildung, Kommunikation, Forschung und Entwicklung investiert, dann wirkt sich das mittel- und langfristig positiv auf die Produktivität aus.

**Sie waren früher Leiter der Stabsstelle Finanzen, dort mussten Sie darauf achten, dass gespart und nicht zu viel investiert wird. Hat es der Staat mit dem Sparen übertrieben und dadurch der Wirtschaft geschadet?**

*Thomas Lorenz:* Ich glaube nicht, dass der Staat bewusst notwendige und sinnvolle Investitionen tief gehalten hat. Wir hatten ab Mitte der 90er-Jahre sowohl beim Land wie bei den Gemeinden sehr hohe Investitionsvolumen, nach denen eine Phase mit geringerer Investitionstätigkeit folgte. Aber jetzt müssen wir schauen, dass wir à jour bleiben und Investitionen beispielsweise im Bereich der digitalen Infrastruktur tätigen. Denn auch diese wird zu einem zentralen Standortfaktor. Schliesslich wollen wir attraktiv sein und bleiben, zum Beispiel für Start-ups.

**Reicht denn eine höhere Produktivität aus, um den Wohlstand zu sichern oder spielen diesbezüglich noch mehr Faktoren eine Rolle?**

*Thomas Lorenz:* Wir sollten uns zusätzlich zum Ziel setzen, möglichst viel Wertschöpfung im Inland zu behalten. In den vergangenen Jahren ist zwar die Zahl der Arbeitsplätze nach oben geschneilt, diese



Von links: Thomas Lorenz und Peter Eisenhut plädieren für Investitionen in die digitale Infrastruktur, die ein zentraler Standortfaktor sei.

sind aber zu mehr als 85 Prozent mit Grenzgängern besetzt worden. Die inländische Bevölkerung profitiert von dieser Art von Wachstum wenig, denn das durchschnittliche Einkommen der Einwohner pro Kopf ist damit nicht gestiegen. Dieses ist jedoch im Fall von Liechtenstein mit seiner speziellen Wirtschaftsstruktur das richtige wirtschaftspolitische Mass für den Lebensstandard. Um das Einkommen pro Kopf zu steigern, müssen wir das Arbeitskräftepotenzial im Inland besser ausschöpfen. Sprich, wenn wir die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums im Inland behalten möchten, müssen wir versuchen, die Erwerbsquoten von Frauen und älteren Personen zu steigern. Aber, und das muss auch klar festgehalten werden, Liechtenstein muss für die vielen Grenzgängerinnen und Grenzgänger dankbar sein, denn ohne sie wäre das Wachstum der letzten Jahre nicht möglich gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein.

*Peter Eisenhut:* Ja, aber Liechtenstein ist seit dem Jahr 2000 nur noch aufgrund der steigenden Anzahl der Grenzgänger ge-

wachsen, die Produktivität ist gesunken. Das ist kein zukunftstaugliches Rezept. In der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung wird die Produktivität, allein schon aus demografischen Gründen, zum zentralen Treiber des Wachstums werden.

**Wachstum durch Grenzgänger ist aber sehr praktisch für Unternehmen. Sie können sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt Arbeitskräfte nach Mass besorgen und müssen nicht für teures Geld Inländer in gewisse Positionen entwickeln. Es ist auch einfacher, eine Mutter nicht mehr weiterzubeschäftigen und zu ersetzen, als ihr eine Teilzeitstelle zu bieten. Wie kann man Unternehmen motivieren, stärker auf inländische Arbeitskräfte zu setzen?**

*Thomas Lorenz:* Bei gleich vielen Arbeitsplätzen wie Einwohnern gibt es zu diesem Modell keine realistische Alternative. In einem liberalen Arbeitsmarkt sollen den Unternehmen auch keine Vorschriften gemacht werden, wie sie sich in der Rekrutierung zu verhalten haben. Der Staat kann durch gute Rahmenbedingungen gezielt unterstützen, aber schliesslich müssen sich Modelle und Lösungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern entwickeln. Grundsätzlich profitieren aber auch die Inländer von dieser Situation, das sieht man an unserer permanent tiefen Arbeitslosigkeit. Wer sich durch gute Ausbildung und Weiterbildung qualifiziert, hat in Liechtenstein grosse Chancen, auch arbeiten zu können. Gleichwohl können Einzelne durch das Raster fallen und hier ist die soziale Verantwortung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Arbeitgeber gefragt.

**Eine andere Variante, um den Anteil an inländischen Arbeitskräften zu erhöhen, wäre die Zuwanderungsbedingungen zu lockern. In Ihrer Studie raten Sie jedoch davon ab, diese Sonderlösung betreffend die Personenfreizügigkeit innerhalb des EWR aufzulösen. Warum?**

*Thomas Lorenz:* Wenn wir die Grenzen öffnen würden, dann ist davon auszugehen, dass es zu einer massiven Zuwanderung käme. Eine Grenzgängerbefragung, die das Liechtenstein-Institut im Rahmen unserer Studie für uns durchgeführt hat, zeigt, dass der Zuwanderungsdruck hoch ist. Bei einer Öffnung der Grenzen gehen wir vom Szenario aus, dass die Einwohnerzahl bis in 20 Jahren um 25 000 bis 30 000 Personen steigen

würde. Ohne entsprechende Begleitmassnahmen hätte das weitreichende Folgen, wie beispielsweise steigende Mieten und noch stärker steigende Immobilienpreise. Und auch wenn man diese regulieren würde, wäre der Preis bei der Einführung der Personenfreizügigkeit nach unserer Meinung nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch, gesellschafts- und finanzpolitisch deutlich zu hoch.



Würden die Grenzen geöffnet, rechnen Eisenhut (li.) und Lorenz damit, dass die Einwohnerzahl bis in 20 Jahren um bis zu 30 000 Personen steigen würde.

**Also, wir sind gefordert, Unternehmen anzusiedeln, die eine hohe Produktivität aufweisen und die ihre Arbeitskräfte vor allem im Inland rekrutieren können. Kann man das überhaupt steuern?**

*Peter Eisenhut:* Steuern ist nicht das richtige Wort, aber mitbeeinflussen. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen und die Unternehmen, denen die Rahmenbedingungen passen, siedeln sich hier an bzw. entwickeln sich am Standort Liechtenstein weiter. Zudem kann ein Staat auch aktiv um die besten Unternehmen werben. Eine weitere Möglichkeit ist es, vielversprechende Start-ups gezielt zu fördern, indem man den Jungunternehmern gewisse Hilfestellungen gibt.

*Thomas Lorenz:* Punkto Standortförderung gibt es noch Potenzial. Was uns beispielsweise fehlt, ist eine Stelle, die gezielt Firmenansiedlungen koordiniert und erleichtert. Wenn jemand bei uns eine Firma gründen will, dann muss er zum Beispiel auf der Suche nach einem Grundstück im schlimmsten Fall alle infrage kommenden Gemeinden abklappern. Es gibt keine Anlaufstelle, die das koordiniert und die richtigen Leute zusammenbringt. Eine solche Stelle hätte zudem den Vorteil, dass sie auch lenkend wirken könnte. Attraktiven Unternehmen könnte man so den Teppich ausrollen.

**Aber es gibt doch eine Standortstrategie.**

*Thomas Lorenz:* Ja, aber die Zuständigkeiten sind von aussen betrachtet nicht klar. Ein Teil ist bei Liechtenstein Marketing angesiedelt, ein anderer Teil beim Amt für Volkswirtschaft. Man weiss nicht wirklich, ob und wann man sich direkt an die Gemeinden wenden muss. Ein Blick in die Schweiz wäre hier sicherlich wertvoll.

**Ein koordiniertes Vorgehen bei der Ansiedlung von Firmen würde uns auch raumplanerisch helfen. Weil hier jede Gemeinde für sich schaut, herrscht hier ziemlicher Wildwuchs. Wie wichtig wäre für Liechtenstein ein nationales Raumplanungsgesetz?**

*Peter Eisenhut:* Sehr wichtig. Wie Sie sagen, basiert die Raumplanung hierzulande auf den Richtplänen der Gemeinden, es gibt ja auf Landesebene kein verbindliches Raumplanungsgesetz. Die Folge davon ist eine Zersiedelung und eine kaum stattfindende bauliche Verdichtung. Dies ist nicht nur schlecht für die Landschaft, sondern bringt auch hohe Infrastrukturkosten mit sich. Daher wollen wir uns als Stiftung Zukunft.li mit dem Thema Raumplanung eingehend befassen.

*Thomas Lorenz:* Wir wollen uns mit der Frage beschäftigen, was eine langfristige sinnvolle Entwicklung in Bezug auf die Raumplanung wäre. In unserer letzten Studie haben wir aufgezeigt, dass sowohl die Bevölkerungszahl als auch die Arbeitsplatzzahl in den nächsten Jahren weiterhin kontinuierlich steigen wird. Das Trend-Szenario besagt, dass wir im Jahr 2035 eine Einwohnerzahl von 43 000 Personen haben werden. Das entspräche einer Zunahme von 5000 Personen in den nächsten 18 Jahren. Und das, ohne die Grenzen weiter zu öffnen. Daher müssen wir uns sehr gut überlegen, wie wir mit unseren begrenzten Bodenressourcen umgehen wollen. Wir müssen uns bewusst sein: Liechtenstein ist bereits jetzt ein Einwanderungsland. Innerhalb der EU/EFTA belegen wir punkto Zuwanderung den fünften Rang, denn pro Jahr bekommen rund 500 bis 600 Personen eine Aufenthaltsbewilligung, was bezogen auf unsere Einwohnerzahl ein hoher Wert ist.

**Warum tut sich die Politik mit der Raumplanung so schwer?**

*Peter Eisenhut:* Mit einer Raumplanung wird die Art der Bodennutzung, die Verdichtung beziehungsweise die Zersiedelung, die Mehr- und Minderwerte des Baulandes, die Mietzinsen, die Lärmbelastung, die Aussicht und vieles mehr beeinflusst. Es liegt deshalb auf der Hand, dass man sich mit einem Raumplanungsgesetz nicht bei allen Leuten beliebt macht. Zudem geht es um die Verteilung der Kompetenzen zwischen Land und Gemeinden und das geltende Steuerrecht nimmt den Druck weg, das bestehende Bauland trotz hoher Bodenpreise zu nut-

zen. Das sind wohl drei wichtige Gründe dafür, dass das «heisse Eisen» Raumplanung seit der letzten Abstimmungsgrundlage im Jahr 2002 nicht mehr aufgegriffen wurde.

**Könnten wir auch da von der Schweiz lernen?**

*Peter Eisenhut:* Nun, auch in der Schweiz ist das Thema Raumplanung natürlich umstritten. Aber es gibt im Schweizer Bundesgesetz schon seit Ende der 1960er-Jahre einen Raumplanungsartikel. Dieser wurde 2013 mit einer Zweidrittelmehrheit des Volkes revidiert, weil einige Kantone die Bundesvorgaben ungenügend umgesetzt hatten und es aufgrund von zu grossen Bauzonen zu Zersiedlung und Landverschleiss gekommen war. Laut Gesetz müssen die Kantone ihre Bauzonen so festlegen, dass der Bedarf für die nächsten 15 Jahre gedeckt ist. Das restliche Bauland muss zurückgezont werden. Schmerzhaft ist das z. B. für den Kanton Wallis, der mehr als elf Quadratkilometer Bauland rückzonieren muss (das entspricht ungefähr die Fläche der Gemeinde Eschen, Anm. d. Red.), anderenfalls drohen Sanktionen des Bundes. Das sind schwierige politische Prozesse mit hohen Emotionen, denn das bedeutet, dass gewisse Grundstücke plötzlich viel weniger wert sind und von Enteignung von Bodeneigentümern die Rede ist.

*Thomas Lorenz:* Die Bauzone in Liechtenstein bietet heute bereits Platz für 100 000 Einwohner. Diese müssten wir deutlich reduzieren, wenn wir ein Schweizer Kanton wären. Damit würde man sich bei uns im Land definitiv keine Freunde machen. Wir werden sehen, zu welchem Ergebnis wir in unserer Studie kommen werden. Ich hoffe, dass wir einen Beitrag für eine sinnvolle zukunftsgerichtete Raumentwicklung leisten können. ■